

2 BvR 2576/11 vom 17.01.2013

Beigesteuert von
Mittwoch, 16. Januar 2013

Die Beschwerdeführerin – eine Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main – wendet sich gegen die Verwaltung des EDV-Netzes für den...

Die Beschwerdeführerin – eine Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main – wendet sich gegen die Verwaltung des EDV-Netzes für den Rechtsprechungsbereich des Oberlandesgerichts durch die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und beantragt die Zulassung zweier Vertreter als Beisitzer. Sie ist im Wesentlichen der Ansicht, die Eignung des EDV-Netzes zur uneingeschränkten elektronischen Überwachung ihrer Arbeit verletze ihre richterliche Unabhängigkeit aus Art. 33 Abs. 5 in Verbindung mit Art. 97 Abs. 1 GG und verstoße gegen – das verfassungsrechtliche Gebot organisatorischer Selbstständigkeit der Gerichte – aus Art. 20 Abs. 2 Satz 2, Art. 92 und Art. 93 GG.

Lesen Sie mehr in der Original-Quelle ...